

Ernährungsfragen im Landtagsauschub

Im verstärkten Haushaltsauschuß des Abgeordnetenhauses führte der Berichterstatter beim Landwirtschaftsetat aus, daß die Dotierung des Landwirtschaftsetats zu niedrig sei. Wenn die Intensität größer geworden wäre, dann wären auch mehr Nahrungsmittel vorhanden. Unter anderem sei zu wenig für Bebauung, Düngung, Genossenschaften usw. ausgegeben worden. Die bestehenden Getreidepreise seien unrichtig und eine Reform nötig. Wenn es so weitergehe, werde sich die Getreideanbaufläche verringern. Es sei doch unmöglich, daß für Roggen 20,— bis 21,— M. und für Lupinen 80,— M. bezahlt werden. Im Vergleich mit anderen Preisen seien die Getreidepreise zu niedrig. Der Redner fragt an, ob tatsächlich die Gerste allgemein beschlagnahmt werden solle. Die Preise für Rüben, Heu und Milch seien zu niedrig.

Ein Zentrumsredner führte aus, daß bei den Druschprämien die kleinen Landwirte sehr benachteiligt seien. Bedauerlich sei die Enteignung der Saatkartoffeln zum Preise von 4 Mark, während die Landwirte dann wieder 11 bis 12 Mark dafür ausgeben müßten. Das werde sich beim Anbau rächen. Die Preisdifferenz zwischen Früh- und Spätkartoffeln dürfe nicht wieder so groß sein. Ein freikonservativer Redner erklärte, ein unglaublicher Fehler sei die zu niedrige Festsetzung der Kartoffelpreise gewesen. Ein fortschrittlicher Abgeordneter hebt hervor, daß die Frage der Bestellung von größter nationaler Bedeutung sei. Seine Partei wolle alles zur Förderung der Erzeugung tun. Falls es es, allgemein höhere Preise zu fordern. Die hohen Viehpreise hätten doch die Ernährung des Volkes nur erschwert. Man dürfe die Preise nicht an der Kriegskonjunktur messen. Es gäbe Millionen, welche die Preise nicht mehr zahlen können. Die Organisation hinsichtlich der Butter- und Fettverteilung habe völlig versagt. Hier müsse eine Besserung erzielt werden.

Schorlemer gegen Kriegsernährungsamt.

Der Landwirtschaftsminister erklärt, der Krieg verbiete Erhöhung der Mittle für die Hebung der landwirtschaftlichen Erzeugung. Die nächste Viehzählung werde etwa 14 Millionen Schweine ergeben. Stetigkeit der Preise sei nötiger als absolut hohe Preise. Der Gedanke der Herabsetzung der Schlachtviehpreise sei angesichts der fehlenden Futtermittel naheliegend, dem stehe aber die Verringerung der Butter-, Milch- und Düngermenge gegenüber. Er müsse dem Kriegsernährungsamt gegenüber auf die großen Schwierigkeiten der Durchführung des Programms der Fleisch-, Fett- und Milchversorgung hinweisen. Der Landwirtschaft müssen zum Ausdruck die nötigen Kohlen zugeführt werden. Das Kriegsamt habe entsprechende Anweisungen erlassen, es sei auch die höchste Zeit gewesen. Mit der Möglichkeit einer Ergänzung der Kartoffeln durch Rüben sei auch im nächsten Jahr zu rechnen. Die Kartoffelversorgung durch eine Zentralkasse sei unmöglich. Im Oktober, November 1916 wurden 700 000 Tonnen Kartoffeln mehr verladen als 1915.

Besser teure Kartoffeln als gar keine?

Vom Augenblick der öffentlichen Bewirtschaftung an seien die Uebel größer geworden. Unter richtiger Festsetzung werden die Kriegswirtschaftsstellen imstande sein, festzustellen, was die Bedarfskreise brauchen und was die Landkreise liefern können. Alle Strafbestimmungen könne niemand im Kopfe behalten, auch der kleine Landwirt nicht. Er, der Minister, habe immer den Landwirten eingeschärft, sich bewußt zu sein, daß sie im nationalen Interesse tätig sein müssen. Sein Widerspruch gegen einzelne Maßnahmen sei nicht aus Liebe zum größeren Verdienst der Landwirtschaft erfolgt, sondern aus dem Willen, zu bessern und zu helfen. Die Anbaufläche der Zuckerrüben würde im nächsten Jahre gegen 1915 sich um 20 v. H. verringern. Deshalb sei eine Erhöhung des Rübenpreises um 50 Pf. erwägenswert. Die Stickstoffproduktion werde durch sein Ministerium sehr gefördert. Das Ostwaldische Verfahren sei nicht sehr hoffnungsvoll, dagegen verspreche ein neues Verfahren bessere Ergebnisse. Beurlaubung der landwirtschaftlichen Arbeiter habe er dringend gefordert, die Not sei sehr groß. Hunderttausende fehlten; trotzdem 758 000 Kriegsgefangene beschäftigt würden, seien weitere Beurlaubungen notwendig, um die Frühjahrbestellung ausreichend zu ermöglichen. Die Bestrebungen auf Abschluß von Lieferungsverträgen zwischen Stadt und Land fördere er. Der Anbau der Delfrüchte habe sich gehoben.

Nachdem noch ein Regierungsvertreter Mitteilungen über den Stand der Tierseuchen gemacht hatte, wurde die Weiterberatung vertagt.